

## **SPD-Arbeitsgruppe begibt sich auf Kandidatensuche**

### **Wer tritt bei der Wahl des ersten hauptamtlichen Bürgermeisters an? / „Bückerburger Verhältnisse“ verhindern**

**Obernkirchen.** „Wir wollen nicht dem Beispiel der Bückeburger SPD folgen und damit rechnen müssen, dass vielleicht aus den eigenen Reihen ein Gegenkandidat als Einzelbewerber auftritt“, hat der Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes, Oliver Schäfer, bei der Jahresversammlung in den „Bürgerstuben“ erklärt. Eine solche Entwicklung würde nur das Ansehen der Partei beschädigen und die Chancen des eigenen Kandidaten (oder der Kandidatin) verringern, ergänzte er seine Lagebeurteilung. Eine besondere Arbeitsgruppe befasst sich zurzeit damit, dem Vorstand des Stadtverbandes Vorschläge für die Wahl des ersten hauptamtlichen Bürgermeisters zu unterbreiten. Nach eingehenden Beratungen sollen die Ergebnisse dann der Mitgliederversammlung vorgestellt werden.

„Wir werden unsere Entscheidung unabhängig davon treffen, wer von unseren Mitbewerbern antritt, die ja erst 2006 an die Öffentlichkeit gehen wollen“, betonte Schäfer. Von Seiten der Gruppe „Mitte“ werde bereits jetzt verdeckt daran gearbeitet, zu erfahren, wer für die SPD ins Rennen geschickt wird.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Mevert vertrat die Auffassung, dass die Gruppe „Mitte“ bis zum Wahltermin keine größeren Entscheidungen mehr im Rat anpacken werde, weil sie bemüht sei, bis dahin den Zusammenhalt nicht zu gefährden. Mevert schnitt noch einmal die Auseinandersetzungen um den Ausbau der Industriestraße in Gelldorf an. Er begründete sein Bemühen, bei dieser Investition Spareffekte zu erzielen, mit dem Hinweis darauf, dass ihm und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die dort notwendige Sanierung der Kanalisation nicht bekannt gewesen sei. „Wir schauen uns Stellen an, wo es um die Ausgabe von 1000 Euro für Splitt geht, da kann es doch nicht sein, dass wir uns über die größte Investition im Haushalt in Höhe von 300 000 Euro keine Gedanken machen“, erregte sich Wilhelm Mevert. Man könne doch ihm und der Fraktion nicht unterstellen, dass sie „industriefeindlich“ seien. Alt-Bürgermeister Adolf Bartels ergänzte, dass es schließlich die Sozialdemokraten gewesen seien, die sich in der Zeit, als sie die Mehrheit hatte, für die Verlegung der Firma Bornemann nach Gelldorf eingesetzt hätten. Der Stadtverbandsvorsitzende Oliver Schäfer ließ noch einige andere wichtige Beratungen und Entscheidungen im Stadtrat Revue passieren. Hinsichtlich der Sanierung des Kirchplatzes meinte er, ein von der SPD geführter Rat hätte diesbezüglich anders und sensibler gehandelt. Zur Diskussion um den Erhalt der Grundschule in Krainhagen erklärte er, dass es nicht darum gegangen sei, dem Stadtdirektor oder der Ratsmehrheit eine Abstimmungs-niederlage beizubringen. Man sei vielmehr der Auffassung, dass eine kleine Schule Vorteile für Kinder und Eltern bringe. Ein weiteres Argument sei die Nähe zum Kindergarten.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Obernkirchener Schulzentrums unterstrich der Stadtverbandschef, dass die SPD gemeinsam mit der Schule ein sinnvolles Ganztagsangebot fordere, ergänzt durch ehrenamtlich gestützte freiwillige Angebote. Das Land Niedersachsen stehe in der Pflicht, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Der Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy gab im Rahmen der Mitgliederversammlung Informationen zu einigen aktuellen sozialpolitischen Entscheidungen. Er hofft unter anderem auf weitere Tarifabschlüsse, durch die im Rahmen des „Entsendegesetzes“ auch für ausländische Arbeitskräfte Sozialabgaben in ihr Heimatland überwiesen werden müssten. Zu dem Vorwurf, die Kapitalgesellschaften würden gegenwärtig gegenüber dem Mittelstand bevorzugt, erklärte Edathy: „Der Mittelstand zahlt zehn Prozent weniger Steuern als unter der letzten Regierung.“